

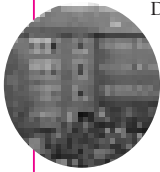
Politik



Otto Schily, Innenminister der rot-grünen Bundesregierung meint: TerrorstudentInnen sitzen neben dir im Hörsaal.

Seite 2

Kultur



Die Trainingsjacke könnt ihr weg-schmeißen und Diskursanalyse lernen, denn die Hamburger Schule ist tot.

Seite 3

Rezension

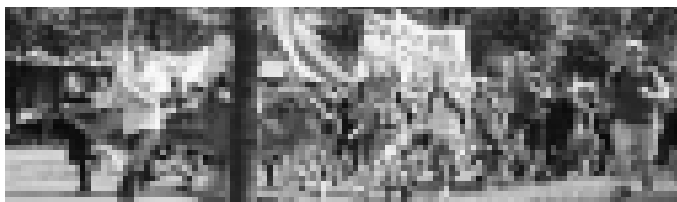


Warum die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden ein Anschlag auf die Menschheit war, darum geht es in der Rezension auf

Seite 3



<http://www.bo-alternativ.de>



Drohung hinter dem Skandal Studienkonten

Die Studiengeldern für LangzeitstudentInnen lassen nicht mehr lange auf sich warten, doch oft wird dabei aus den Augen verloren, dass diese über kurz oder lang durch das sogenannte Studienkontenmodell ersetzt werden sollen. Was dahinter steckt und wie man sich die Umsetzung des Modells vorstellt, soll Thema dieses Artikels sein. Jedoch kann hier nur der derzeitige Diskussionsstand dargestellt werden, inwiefern dieser auch so umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Mit anderen Worten: Alles bleibt anders.

„In meinem Land wird es keine Studiengeldern für das Erststudium geben,“ zitiert die Online-Ausgabe des Unispiegel die nordrhein-westfälische Bildungsministerin Gabriele Behler. Mal abgesehen davon, dass auch dieser Satz längst hinfällig geworden ist, plant selbige stattdessen zusammen mit ihrem rheinland-pfälzischen Kollegen Jürgen Zöllner für das Jahr 2004 die Einführung von sogenannten Studienkonten. Doch auch Studienkonten sind Studiengeldern. Vor allem vor dem Hintergrund, dass hier ein entscheidender Punkt umgekehrt wird. Sollte es sich bei Bildung doch grundsätzlich um eine freies Gut handeln, so wird dies im Studienkontenmodell dahin verdreht, dass Bildung etwas „kostet“

und nur ein bestimmtes Maß an Bildung frei ist.

Was sind Studienkonten?

Aber jetzt erstmal zu den Fakten, die übrigens, so die beiden BildungsministerInnen, sehr einfach seien: JedeR Studierende erhalte in Zukunft ein Studienkonto, dass mit einer bestimmten Anzahl Semesterwochenstunden ausgestattet sei. Die „Währung“ des Studienkontos ist demnach die Semesterwochenstunde. Im Regelfall handelt es sich dabei um die für den Studiengang in der Studienordnung festgeschriebene Semesterwochenstundenzahl plus 20 Prozent. Dieses Studienkonto kann in der doppelten Regelstudienzeit verbraucht werden, ohne das man zahlen muss. Verbraucht jemand mehr Semesterwochenstunden, um sein/ihr Studium zu absolvieren, so kostet jede zusätzliche Semesterwochenstunde 25 Euro, pro zusätzlicher Veranstaltung also bereits 50 Euro. Hat man schließlich noch Semesterwochenstunden

„übrig“, so können diese später für Weiterbildungsangebote und postgraduale Studiengänge verwendet werden. Das angelegte Studienkonto steht bis zum 55. Lebensjahr zur Verfügung. Ein Studienfachwechsel in den ersten zwei Semestern ist kein Problem, sollte dies geschehen, wird ein neues Studienkonto eingerichtet. Bei einem Wechsel im dritten Semester oder später wird das einmal angefangene Studienkonto weitergeführt. Schwierig wird es erst bei der Ausstattung und Berechnung der Studienkonten. Momentan denkt man hier vor allem über zwei Möglichkeiten nach:

Anzeige

...Fortsetzung auf Seite 2



Auch Freund und HelferIn bedarf der Kontrolle Hilfe, Polizei!

Seit Ende September fordert die Berliner Polizei mit Hilfe eines Plakates BürgerInnen auf, in guter deutscher Tradition vermeintliche Steinwerfer und Plünderer im Zusammenhang mit der diesjährigen „Revolutionären 1.-Mai-Demonstration“ zu denunzieren. Im vorigen Jahr führte diese Vorgehensweise der Polizei immerhin zu 34 Festnahmen und acht Verurteilungen.

Denn letzteres „Fahndungsplakat“ stammt nicht von der staatlichen Exekutive, sondern wurde am 8. Oktober in einer offiziellen Pressekonferenz von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) vorgestellt. Zu sehen sind 15 Photographien diverser Polizeibeamter, die laut Zeugenaussagen an Übergriffen auf DemonstrationsteilnehmerInnen bzw. Misshandlungen bei Festnahmen beteiligt gewesen sein sollen. Ganz im Stil der offiziellen Fahndungs-

plakate wird eine Belohnung von 1000 Euro für Hinweise ausgelobt, die zur Verurteilung führen.

Ohne jeglichen Zweifel stellt dieses Plakat eine Satire auf das Vorgehen von offizieller Seite dar, dient zugleich aber auch der Verbreitung einer politischen Forderung: der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten im Dienst. Die Strafverfolgung polizeilicher Übergriffe bei Demonstrationen scheitert nämlich immer wieder an der Unmöglichkeit, die TäterInnen zu identifizieren.

Dass Humor für deutsche Beamte in der Regel lediglich einen Eintrag im Fremdwörterbuch und keineswegs eine menschliche Eigenschaft darstellt, beweist die Berliner Polizei auch in diesem Fall. So wurde inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, da ein „Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz“ vorliege. Durch das inkriminierte Plakat „werden die Persönlichkeitsrechte der Beamten in nicht hinnehmbarer Weise verletzt“, so der Berliner Polizeipräsident Peter Glietsch.

Doch begnügen sich die „Freunde und Helfer“ keineswegs mit den Ermittlungen gegen den Urheber der Satire. Mittlerweile wurde der Stein des Anstoßes auf Druck der Polizei von verschiedenen Internetseiten, auf denen er dokumentiert war, entfernt. Dies betraf unter anderem die Homepage solch revolutionärer Gruppen wie den Berliner Jusos, die sich in ihrer Presseerklärung zu dem Vorgehen mit der AAB solidarisierten.

Die Berliner SPD sekundierte mit der Drohung, den von ihr bezahlten Landessekretär der Jusos zu entlassen. Merke: Law and order is a labour issue“. Darüber hinaus versucht das LKA Berlin, den Provider der AAB unter Druck zu setzen, um die Abschaltung der Seite <http://www.antifa.de> zu erwirken.

Kritik verhindern

Letztlich muss vermutet werden, dass es sich bei dem Vorgehen der Berliner Polizei um den Versuch handelt, Kritik am eigenen Vorgehen nach Möglichkeit zu verhindern. Jedenfalls wäre es nicht das erste mal, dass Behörden „die ganze Richtung“ nicht passt. Und darauf aufmerksam zu machen, dass der 1. Mai in Berlin nicht nur aus randalierenden Möchtegern-RevolutionärInnen, die auf Abenteuerurlaub ein Stadtviertel zerlegen, sondern auch aus jeder Zimperlichkeit abholden Möchtegern-VertreterInnen des Rechtsstaates, die gerne mal einen Linken zerlegen, gehört wohl zu dieser nicht passenden Richtung.

Dass eine kritische Öffentlichkeit bei der Polizei im allgemeinen unerwünscht ist, mussten und müssen Beamte, die in der „Arbeitsgemeinschaft kriti-

sche PolizistInnen“ engagiert sind, sowie JournalistInnen immer wieder erfahren. Im speziellen ist die Antifaschistische Aktion Berlin seit ihrer Gründung den Berliner Behörden ein Dorn im Auge und die aktuellen Vorgänge nur ein weiterer Versuch diesen endlich zu entfernen.

Kennzeichnungspflicht sofort!

Unterdessen schlossen sich die Berliner Landesverbände der politischen Jugendverbände JungdemokratInnen / Junge Linke, Grüne Jugend, Jusos und solid in einer gemeinsamen Erklärung den Forderungen der AAB an: „Wir stellen uns in aller Form gegen die Kriminalisierung und gegen die damit verbundene Einschränkung der Meinungsfreiheit und schließen uns der Forderung nach Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte an“, heisst es da.

Des weiteren verurteilen den sie „Versuch des Landeskriminalamtes Berlin, durch Druck auf die Internetprovider das „Fahndungsplakat“ nach vermeintlichen Gewalttätigen in Uniform zu kriminalisieren.“

miffer

Die Drohung hinter dem Skandal

Ausstattung des Studienkontos als Fachkonto oder als Generalkonto

Alle Studis sollen ein Studienkonto in Höhe der Semesterwochenstunden erhalten, die für ihren Studiengang in den jeweiligen Studien- und Prüfungsordnungen festgeschrieben sind. Dies umfasst sowohl die Pflicht- als auch die Wahlveranstaltungen, zuzüglich eines Aufschlags von 20 Prozent. Bei dem Fachkonto werden Veranstaltungen des Studiums Generale, Praktika und Exkursionen nicht auf das Studienkonto angerechnet. Bei Lehramts- und Magisterstudiengängen errechnet sich das Studienkonto aus der Addition der Fächer, bei BA-Studiengängen wird das Studienkonto zuzüglich eines gewissen Aufschlags errechnet, der die Masterphase miteinbezieht. Dies bedeutet für einen Magisterstudiengang z.B. folgendes: Im Durchschnitt beläuft sich die Höchststundenzahl auf 144 SWS, plus 20 Prozent würde sich das Konto folglich auf 174 SWS bemessen. Die Alternative dazu stellt die Ausstattung des Studienkontos als Generalkonto dar, bei der das Konto pauschal mit 200 Semesterwochenstunden ausgestattet wird. Das Generalkonto soll als Anreiz für Studierende dienen, die Stunden auch auszunutzen, da sie hierbei in den meisten Studiengängen weitaus großzügiger bemessen werden als bei den Fachkonten.

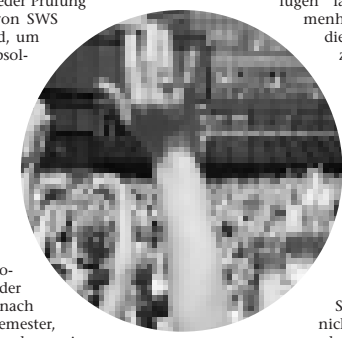
Abbuchung Semesterwochenstunden

Für die Abbuchung wird derzeit eine Regelabbuchung vorgeschlagen, die sich aus der Division der SWS durch die doppelte Regelstudienzeit ergibt. Für das oben angeführte Beispiel des Magisterstudiengangs mit 174 SWS würde sich demzufolge eine Regelabbuchung von 9,7 SWS pro Semester ergeben. Die doppelte Regelstudienzeit soll dabei den „individuellen Biografien“ der Studierenden Rechnung tragen und beispielsweise Nebenjobs oder Kindererziehung ermöglichen.

Eine andere Art der Abbuchung der Semesterwochenstunden stellt die leistungsbezogene Abbuchung dar. Bei dieser würden den Studis die SWS in Rechnung gestellt, die sie auch tatsächlich absolviert haben, nachzuweisen anhand von Prüfungen. Dabei würde jeder Prüfung eine bestimmte Anzahl von SWS zugeordnet, die nötig sind, um die Prüfung überhaupt absolvieren zu können.

Studiengebühren

Studis, die ihre Semesterwochenstunden verbraucht haben und ihr Erststudium zu Ende bringen wollen, müssen Studiengebühren zahlen, und zwar 25 Euro pro zusätzlicher Semesterwochenstunde. Die Anzahl der SWS richtet sich dabei nach der Regelabbuchung pro Semester, d.h., die Summe wird irgendwo zwischen 250 und 350 Euro pro Semester liegen.



Konsequenzen

Offensichtlich steht im Studienkontenmodell der Gedanke, dass Bildung „kosten“ muss, im Vordergrund. Zwar ist ein bestimmtes Kontingent an Bildung frei, aber dies ist auch ebenso schnell verbraucht. Hinter den Worten der PolitikerInnen, den „individuellen Lebensläufen“ junger Menschen Rechnung tragen zu wollen, verbirgt sich nichts als Phrasendrescherei. Denn insbesondere mit dem Studienkontenmodell wird der Grundstein gelegt für die generelle Einführung von Studiengebühren, eine Forderung, die in Form des internationalen GATS-Abkommens bereits seit Jahren an die Regierungen herangetragen wird. Wie lange man sich dem noch entziehen kann, ist ungewiss. Zumal mit der Einführung der Studienkonten die Einführung gestufter Studiengänge einher geht. Für

die in solchen Studiengängen absolvierten Semesterwochenstunden erhält man bereits jetzt sogenannte Credit Points, die sich selbstredend wunderbar in das Studienkontenmodell einfügen lassen. Diese Zusammenhänge jedoch streiten die PolitikerInnen derzeit noch vehement ab. Mal abgesehen davon, dass die technische Umsetzung des Studienkontenmodells überhaupt noch nicht geklärt ist, führen diese höchstens zu einer stärkeren Bürokratisierung des Studiums als zu zügigem Studieren. Sicherlich kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass das Modell letzten Endes zur flächendeckenden Einführung der Chipkarte führen könnte, was zu weiteren Problemen vor allem datenschutzrechtlicher Art führen würde. Außerdem sollen die nach Absolvierung eines Studiums übrigen Semesterwochenstunden auch nur denjenigen Studierenden zur Verfügung stehen, die ihr Studium in der Regelstudienzeit absolviert haben. Die anderen, die wegen auch immer länger gebraucht haben, besitzen kein Anrecht mehr auf den Überschuss. Damit wird das Modell jedoch wieder ad absurdum geführt, hat man doch in aktuellen Erhebungen der Studierendenwerke festgestellt, dass mittlerweile zwei von drei Studis arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Den individuellen Lebensläufen wird man mit den hochgelobten Studienkonten also alles andere als gerecht. Und die, die es nicht mehr rechtzeitig schaffen und zahlen müssen, haben ohnehin verloren. Um die Landeskassen zu füllen, nimmt man aber offensichtlich lieber hochverschuldete, arbeitslose AkademikerInnen in Kauf.

Verena Witte, ASTA-Referentin für Hochschulpolitik

StudentInnenvertretungen protestieren:

Schily diffamiert ausländische Studis

Bundesinnenminister Otto Schily forderte unlängst am Rande der europäischen InnenministerInnenkonferenz in Luxemburg eine europäische Rasterfahndung und „eine Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Studierende nicht nur von deren persönlichen Verhältnissen und scheinbarer Gesetzestreue“ abhängig zu machen. Im Klartext: Die bisher geltende Unschuldsvermutung soll in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Damit bestätigt Schily ein weiteres Mal die rassistischen Ressentiments, die ausländischen StudentInnen heute schon jeden Tag entgegen geschlagen. Die Betroffenen werden spätestens seit der Einführung der „Anti-Terror-Gesetze“ als potenzielle Terroristen abgestempelt. Seit dem 11. September ist es nach übereinstimmenden Berichten von StudentInnenvertretungen aus dem ganzen Bundesgebiet für ausländische Studierende in vielen Fällen unmöglich, eine Wohnung zu finden, beim Einkauf als „normale“ Kunden behandelt zu werden oder ungehindert mit der Bahn zu fahren. In Aachen waren den StudentInnenvertretungen gar an schwarzen Brettern bereits Wohnungsgesuche mit beigefügtem kopiertem polizeilichem Führungszeugnis aufgefallen. Daß „dunkelhäutige“ Menschen im Nahverkehr weit öfters kontrolliert werden als andere, ist seit längerem alltägliche Praxis in Deutschland. Gerade in Grenzregionen werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe häufiger kontrolliert und berichten dabei immer wieder von einer ent-

würdigenden Behandlung bei diesen Kontrollen.

Eine erneute Diskussion über Rasterfahndung, Aufnahme biometrischer Daten in das Visum und die Verknüpfung der Themen „Islamistischer Terrorismus“ und „Zuwanderung“ wird wohl zu einer weiteren Verschärfung des Alltagsrassismus führen.

Alles TerroristInnen und AsylbetrügerInnen

Als erste StudentInnenvertretung wandte sich der ASTA der RWTH „entschieden gegen die pauschale Vorverurteilung von ausländischen Studierenden“. „Wir lehnen den Mißbrauch persönlicher Daten zum Beispiel in Form der Rasterfahndung generell ab.“

Wir fordern ein soziales Klima, in dem Menschen gleich welcher Hautfarbe, Religion und Herkunft friedlich miteinander leben dürfen“ hieß es in einer Stellungnahme.

Auch beim freien Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs) ist man empört über die „Diffamierungen Otto Schilys, der ausländische Studierende pauschal in die Nähe von Terrorismus rückt“. Solche Unterstellungen hätten auch der Rasterfahndung im letzten Jahr zugrunde gelegen. „Weder die zahlreichen Proteste, noch die ausbleibenden Erfolge haben Schily eines Besseren belehren können: Unbefangener denn je äußert er seine Vorbehalte gegenüber ausländischen Studierenden, wobei er die Nähe zu offen ausländischerfeindlichen Positionen nicht scheut“, so Harald

Pittel, Referent für Grund- und Freiheitsrechte der bundesweiten StudentInnenvertretung.

Zu Schilys Forderung „Aufenthaltsgenehmigungen für Studenten sollen nicht allein von deren persönlichem Verhalten abhängig gemacht werden“ bemerkte Pittel „Wovon denn dann?“ Und weiter: „Studierende nach Kriterien wie der Herkunft oder Religionszugehörigkeit unter Generalverdacht zu stellen, kann in einer Demokratie kein legitimes Mittel zur Terrorismusbekämpfung sein. So wird höchstens eine Atmosphäre des Mißtrauens gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen geschürt, während Terroristen solch unbeholfene „Schüsse ins Blaue“ eher gelassen zur Kenntnis nehmen dürften.“

Überboten wurde Schily auf dem EU-Treffen noch vom belgischen Innenminister Antoine Dequeuse, nach dessen Meinung AusländerInnen ihren StudienInnenstatus häufig zur illegalen Einwanderung mißbrauchten. Für die bundesweite StudentInnenvertretung ein Alarmsignal: „Na super, in den Augen europäischer Innenminister sind ausländische Studierende entweder Terroristen oder illegale Einwanderer. Wir werden dieses Bild so nicht stehen lassen!“, so Pittel.

Der studentische Dachverband beobachtet des Weiteren, daß auch bei den Hochschulleitungen der Widerstand gegen Schilys Rasterfahndung wächst – auch aus Gründen des Datenschutzes. „Wir stehen mit unserer Kritik nicht allein“, so Pittel.

Auch das nordrhein-westfälische Landes-AstenTreffen (LAT) plant ein Sondertreffen, um über eine ablehnende Stellungnahme der NRW-StudentInnenvertretungen zu Schilys Äußerungen und Plänen zu beschließen. Zahlreiche Asten hatten eine solche Stellungnahme gefordert.



Mehr Infos über die drei Kandidaten gibt es unter: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/aktuell/reaktorwahl.htm>

berichten dabei immer wieder von einer ent-

berichten dabei immer wieder von einer ent-

Böse Friedensbewegung

Nachdem der erste Politische Dienstag (PolDi) des RUB-ASTA am letzten Dienstag ungewöhnlich gut von unbekannten Gesichtern frequentiert wurde, hoffen die unentwegten AnhängerInnen politischer Bildungsveranstaltungen auch für den nächsten Dienstag auf zahlreiche interessierte BesucherInnen. Am 29.10 referiert der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler über den „11. September und die extreme Rechte“.

In diversen Strömungen der extremen Rechten wurde der Terroranschlag vom 11. September 2001 begrüßt. Die USA als sog. Siegermacht und Israel als herbeihalluziniertes Zentrum der Weltverschwörung gerieren hierbei zu den zentralen Feindbildern einer sich antirperialistisch gerierenden Rechten.

In dem Vortrag wird beleuchtet, wie die extreme Rechte auf dem Ticket des Antiamerikanismus Anschluss an die sog. Anti-Globalisierungsbewegung sucht, wie dies ideologisch hergeleitet wird und wo der Unterschied besteht zwischen linker Kritik an Kapitalismus und Imperialismus einerseits und einem völkischen „Befreiungs“-Nationalismus andererseits.

Vortrag: Der 11. September und die extreme Rechte, Dienstag, 29.10, 20.00 Uhr, Ruhr-Universität, Kulturcafe

Gute Friedensbewegung

Am 26. Oktober wird es in den USA zwei große Antikriegsmanifestationen in Washington und in San Francisco geben. Parallel dazu wird sich die deutsche Friedensbewegung mit der US-Friedensbewegung solidarisch erklären und mit Mahnwachen, Kundgebungen und Demonstrationen ebenfalls auf der Straße präsent sein. In Bochum werden sich KriegsgegnerInnen um 11.30 Uhr auf der Kreuzung Huestr./Kortumstr. treffen.

In einem Aufruf des Bochumer Friedensplenums werden die von der US-Regierung angeführten Rechtfertigungen für einen angeblichen Präventivschlag als unglaublich verworfen: „Haben nicht auch die USA trotz diverser Abrüstungsvereinbarungen Arsenale von Atomwaffen, die geeignet wären, die menschliche Existenz auf diesem Planeten zu beenden?“, heißt es in dem Aufruf. Des weiteren wird dort auf die fehlende völkerrechtliche Legitimation für einen Angriff auf den Irak verwiesen. Wenig Vertrauen setzen die AufruferInnen in die Bundesregierung: „Noch bekräftigt Kanzler Schröder seine Aussage, an einem Krieg gegen den Irak nicht teilnehmen zu wollen, doch gibt es bereits diverse Anzeichen, dass er bis dahin auf der Grundlage „neuer Erkenntnisse“ zu einer anderen Haltung kommen wird.“

Die Demo soll sich für einen Verbleib der Bundesregierung bei einer ablehnenden Haltung zu einer deutschen Beteiligung am Angriff auf den Irak einsetzen. Konkret gefordert wird, den US-Streitkräften die Benutzung ihrer in Deutschland gelegenen Stützpunkte und des deutschen Luftraums für den Irak-Krieg zu verweigern sowie die deutschen Truppenverbände aus der Golfregion abzuziehen. Des weiteren soll die Bundesregierung „allen möglichen Einfluss auf die US-Regierung“ ausüben, damit diese einen Alleingang ohne UN-Mandat unterlässt.

Gut? Böse? Rektor!

Voraussichtlich am 7. November wird der Senat der Ruhr-Universität einen neuen Rektor wählen und damit auch indirekt die zukünftige Ausrichtung der Ruhr-Uni mitbestimmen.

In einer hochschulöffentlichen Kandidatenbefragung haben alle Interessierten die Möglichkeit, die drei Bewerber mit ihren Fragen zu löchern. So können wir z.B. herausfinden, was die drei Anwärter von Studiengebühren, Hochschulprivatisierung, Studienreform und ähnlich wichtigen Fragen halten.

Die Befragung findet statt am: Donnerstag, den 24. Oktober 2002, 16–18 Uhr im Hörsaal H1B. Und da selbstverständlich die studentische Fraktion im Senat den Rektor auch mitwählt, haben die StudentInnen zumindest auch ein wenig Mitspracherecht.

Erschreckend: Nur einer der Kandidaten, Professor Wagner, spricht sich gegen Studiengebühren aus. Die anderen würden spätestens dann schwach, wenn die Universitäten etwas von dem Geld abbekämen.

Die Konzeptpapiere der Bewerber können innerhalb des Uninetzes abgerufen werden können.

Mehr Infos über die drei Kandidaten gibt es unter: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/aktuell/reaktorwahl.htm>

Was ist nur geworden mit dem deutschen Pop? Dead School Hamburg?



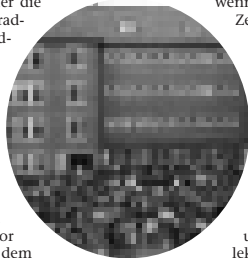
:bsztermine

Nach einer dreijährigen Schaffenspause ist vor einiger Zeit das neue Album von Tootaloon erschienen. Begeistert bescheinigten die Feuilletons und Musikmagazine der Republik den Tocos, sie seien reifer geworden und das lange Warten habe sich gelohnt. Nur noch selten war dabei die Rede von der Hamburger Schule, es sei denn, der Band wurde attestiert, nun endlich ihren Abschluss dort gemacht zu haben. Viel lieber wird geredet vom sogenannten Diskursrock. Gleiches gilt übrigens für das neue Album der Sterne, „Irres Licht“.

Was ist nun geworden aus dem neuen deutschen Pop, der politisch ist und deutsche Texte mit einem antinationalen Impetus verbindet? Die Antwort ist einfach und ist es gleichzeitig auch nicht. Häufig wird heute das, was vor einigen Jahren noch Hamburger Schule hieß, als Diskursrock bezeichnet. „Diskursrock“ meint, dass die Musik nicht einfach nur als netter Pop auftritt, sondern dass sie sich geistreich mit politischen und gesellschaftlichen Themen auseinandersetzt“, beschreibt Martin Büsser das Phänomen in seiner Popmusik-Einführung in der Reihe wissen 3000. Gemeint ist die Musik, die sich Mitte der neunziger Jahre um die beiden Hamburger Labels L'Age d'Or und What's so funny about formed hatte und sich unter anderem gegen die „neue deutsche Härte“ abgrenzen wollte. Doch zeichnen sich die letzten Neuerscheinungen nicht gerade durch besonders viele oder besonders

deutliche politische Statements aus. Vielmehr handelt es sich um eine recht gefährliche Gradwanderung. In vielen Texten ist nach wie vor das zu erkennen, weswegen man die Tocos liebt. Jedoch sind die Texte oftmals recht verklausuliert, sie sind ein Wald aus Zeichen, durch den man sich erst mal den Weg bahnen muss. Sicherlich haben sie dadurch an Qualität gewonnen. Aber haben wir nicht gerade Texte wie den über den auf dem Teppichboden verschütteten Wein oder die Backgammonspieler und Fahrradfahrer in deutschen Studistädten so besonders gemocht? Doch die Tocos treten auf ihrem neuen Album den Beweis an: „Diese jungen Männer hier sind anders wie man weiß.“ Jedoch muss man dies dafür auch erst mal wissen, spricht: die alten Alben kennen. Wie dem auch sei, die neue Art zu texten kann schnell zu einem Eigentor werden, wie es die Sterne mit dem Song „Du hast die Welt in deiner Hand“ (Gib sie wieder her) vorgemacht haben. Sicherlich ist es möglich, darin eine Art der Globalisierungskritik zu lesen (wenn auch eine sehr platte). Jedoch könnte es sich genauso gut um ein Lied für's Repertoire der Jesus-Freaks handeln. Weichgewaschen lässt sich natürlich alles besser verkaufen, zumal, wenn man wie die Sterne bei einem großen Major-Label unter Vertrag ist. Nicht ganz so harsch fällt die Kritik bei Tootaloon aus: So platt kommen die Texte nicht daher, jedoch stellt man sich auch bei deren Album an manchen Stellen die Frage, was sie uns damit sagen wollen. Vielleicht ist

dies aber auch einfach nur ein Nebeneffekt des Erfolgs, den einige Bands der Hamburger Schule verbuchen konnten. Von anderen hingegen hört man in letzter Zeit kaum noch. Letzten Endes ist es sicherlich notwendig, sehr genau zwischen den einzelnen Bands zu differenzieren. Durch den Erfolg, den sie hatten, nehmen Tootaloon oder die Sterne allerdings eine relativ exponierte Stellung ein in dem, was man Hamburger Schule nennt. Und wenn die, die sich vor allzu langer Zeit noch über die Eliteschule (vgl. Ich bin neu in der Hamburger Schule) lustig machten, nun selber mit diesem Etikett herum spielen, kann man wohl einfach nur noch auf das neue Album der Goldenen Zitronen warten oder Rocko rocken lassen. Es ist schade, dass die Hamburger (Elite) Schule nicht mehr zu sein scheint und statt dessen pseudointellektuelles Diskursgeschwafel die Rezensionen bestimmt (mal abgesehen von dem Ruhrtriennale-Projekt über Hans Eisler des Herrn Kamerun). Was wir letztendlich wollen, ist gute Rockmusik. Die machen sie alle immer noch. Pop ist und war Mainstream, jedoch haben sich die meisten genannten Bands vor gar nicht allzu langer Zeit zumindest noch von dem üblichen Feuilletonistnengewächsel distanziert. Jetzt nicht mehr. Schade.

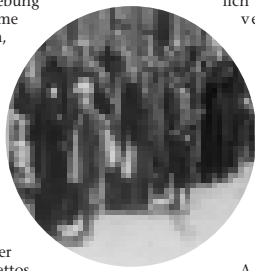


„Todesverhältnisse in den Kulissen des Lebens“ Anschlag auf die Menschheit

Der Ausdruck „Shoah“ ist der Bibel entliehen. „ha-Sho'ah“ bedeutet „großes Unheil, Untergang“ (888). Dieser Ausdruck ist ein nur ungefährer für das, was den Juden durch den Nationalsozialismus angetan wurde, aber angemessener als das in Deutschland gängige Wort „Holocaust“ (das inzwischen zum „Holocaust“ aufgenordet wurde), denn dies bedeutet „Brandopfer“, unterscheidet also semantisch der Vernichtung der Juden einen Sinn in the long run.

Die bekannteste Gesamtdarstellung der Shoah ist – zu Recht – Raul Hilbergs „Die Vernichtung der europäischen Juden“ von 1961, skandalös spät erst 1982 ins Deutsche übersetzt. Ihr Gegenstand wie der von Saul Friedländers („Das Dritte Reich und die Juden“) oder Peter Longerichs Werk („Politik der Vernichtung“) ist bekannt – oder zumindest könnte er es sein. Darum braucht es hier nicht zu gehen; was wann wo warum geschah, kann jede/r selber nachlesen. Leni Yahil, 1912 in Düsseldorf geboren und 1934 nach Palästina ausgewandert, emigrierte Professorin für moderne jüdische Geschichte in Haifa, versucht eine Darstellung der Judenvernichtung nicht aus technischer Perspektive, aus der der Täter, wie diese mit den Juden verfahren und die Voraussetzungen für ihre Vernichtung schufen, sondern ihr ging es um die „Judenheit in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Gestalt und das daraus resultierende Verhalten der Juden, ihre Reaktionen auf den Totalangriff und ihre Maßnahmen, ob erfolgreich oder nicht“ (36) – aber ihr ging es nicht darum, „Geschichte von unten“ zu schreiben, nicht um über die Opferperspektive Betroffenheit zu erzeugen. Yahil schildert die Reaktionen der Juden in Deutschland unter der sukzessiv radikalisierten antijüdischen Gesetzgebung und die Programme der Emigration, schließlich den „Überlebenskampf“ unter militärischer Besatzung und SS-Herrschaft in fast ganz Europa. Hervorzuheben sind die Kapitel über die Organisation der Juden in den Ghettos im Osten und über den bewaffneten Widerstand (von Israel Gutman). Dies fehlt in Hilbergs Darstellung ebenso wie die drei abschließenden Kapitel über Voraussetzungen, Probleme, Möglichkeiten und Erfolge jüdischer und nicht-jüdischer Rettungsversuche.

Yahils „Ziel war es, die Shoah vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Entwicklung einer Weltkrise nie dagewesenen Ausmaßes darzustellen und mit der Geschichte der planmäßigen Vernichtung der jüdischen Gemeinden Europas zu verbinden“ (37) –



ohne die Shoah in einer allgemeineren Weltkrise aufgehen zu lassen (auch wenn sie immer wieder Hannah Arendts Begriff des „Totalitarismus“ unreflektiert gebraucht), denn die Shoah war und ist diese Krise. Yahil weiß, dass Antisemitismus „ein gänzlich irrationales Phänomen“ ist, „das folglich keiner vernünftigen Erklärung oder Richtige-zugänglich ist“ (67). Der Jude war im Nationalsozialismus der „Gegentypus“, „die Antithese schlechthin“ (68), sein „zentrales Moment.“ Dass er „als Grundlage“ nicht nur „eines ganzen ideologischen Systems“, sondern auch des Handelns diene und die Vernichtungsphantasie tatsächlich umgesetzt wird, das ist das Neue in der Geschichte des Antisemitismus und der Anschlag auf die Menschheit insgesamt. Dass die Deutschen sich jenseits herkömmlicher Rationalität stellten, irrationale Antriebe rationalisierten und eine „einzigartige Kombination von Fanatismus und eiskalter Berechnung“ schufen (739), das versetzte die Juden in eine „überwitzige und revolutionäre Situation“ (816), „für die es keine Normen, Konventionen oder auch nur Präzedenzfälle gab“ (742); das ließ die Spekulationen der Juden auf ihre Nützlichkeit für die Deutschen ins Leere laufen (284f., 628). Die Vernichtung der Juden war kein Zusatzproblem zum Krieg, dessen man sich auch entledigen musste, sondern „da der gesamte Krieg als Konfrontation zwischen zwei entgegengesetzten Ideologien aufgefaßt wurde, wobei die

Juden als Personifizierung derjenigen galten, die die entzweieende Kraft in der menschlichen Gesellschaft darstellte, wurde ihre Vernichtung zum integralen Bestandteil der Kriegsführung“ (345). Der Krieg zeigte den Deutschen „das Judenproblem in aller Klarheit“ (589). Seiner Lösung wurde „aufgrund der mythisch-ideologischen Konzeption entscheidende Bedeutung für den Ausgang des Krieges beigemessen“ (443). Yahil weist mal um mal, en passant, nach, dass es bei der Shoah „eine[r] der am schwersten zu begreifenden Taten des Nationalsozialismus“, die „alle materiellen und menschlichen Ressourcen des Reichs beanspruchte“ (514), keine „Ökonomie der Endlösung“ (Aly & Heim) gab. „Daß Menschen ohne Not und sogar im Widerspruch zu ihren eigenen Interessen Massenmord begingen und in vollem Bewußtsein den Wert menschlichen Lebens vernichteten“ (816), dass Antisemitismus nicht bloß „extravagante Zutat“ (739) war, das konnte auch den Alliierten nicht aufgehen, womit Yahil einen großen Teil der Gleichgültigkeit gegenüber den Juden erklärt.

Yahils durchweg empfehlenswertes Buch ist ein Scheitern, nämlich nur ein „Versuch, das Unsagbare sagbar und das Unbegreifbare, wenn auch nicht begreifbar zu machen, so doch zur Sprache zu bringen“ (887). Mit Versen aus einem Gedicht von Jan Platek bezeichnet sie Auschwitz als „- den Ort, wo / Der Mensch für den Menschen zu etwas wurde, / Was noch keine Sprache der Welt / definiert hat“ (888). Über einen Teil der Menschheit wurde von einem anderen Teil der Menschheit verfügt, dass dieser nicht mehr leben dürfe. Die Deutschen machten praktisch wahr, dass Vernichtet-zu-werden zu einem Existenzial der Juden wurde.

LENI YAHIL: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden. Aus dem Amerikanischen von H. Jochen Bußmann. München: Luchterhand, 1998, ca. 1050 Seiten, 65,50 Euro.

fake

Mittwoch, 23. Oktober

Radio Bontekoe präsentiert:
Jochen Schmidt (ZDF): Politische Brandstiftung.

Lesung, Video und Diskussion über die Pogrome in Klostorf 1992 (Eintritt frei)
20.00 Uhr, Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, Raum 6

Freitag, 25. Oktober

VVN-BdA lädt ein zu Vortrag und Gespräch mit Wolfgang Dominik:

Die Perspektiven der antifaschistischen Arbeit
verm. 19.30 Uhr, Gaststätte Simphon, Poststr. 43

„Fuck the beat and break the system!“ Linke-Liste (Lili) Semester-einstiegsparty

Eintritt frei

20.00 Uhr, Wageni, Wallbaumweg 137, gegenüber Bhf. Langendreer

Samstag, 26. Oktober

Stadtrundfahrt mit Klaus Kunold:

Vergessene Orte der Bochumer NS-Geschichte (Einzelveranstaltung der VHS, 7,- EUR; Anmeldung erforderlich)
10.00–14.00 Uhr Treffpunkt: Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, Wittener Str. 61, Parkplatz

Kein Krieg gegen den Irak! Global Action Day: Solidarität mit der US-Friedensbewegung

Demonstration und Aktionen in der Bochumer Innenstadt
11.30 Uhr, Treffpunkt auf der Kreuzung Huestr./Kortumstr

5 Jahre AZ - FESTIVAL AZ-Mülheim

Konzert mit Durango 95 (Punk), Koyaanisquatsi (Punkrock), Lushus (Jazz-Punk), Tuareg (Folkrock), Relapsing Fever (Metal-Punk), Highscore (Hardcore), Ruhrlabor (HipHop), kein Eintritt.
19.00Uhr, AZ-Mülheim

Sonntag, 27. Oktober

Vorbereitungstreffen für die Demonstration (30.11.) gegen den Frauenabschiebekast in Neuss

14.00 Uhr, Bhf. Langendreer

Montag, 28. Oktober

Eröffnung der Ausstellung „Palästina - Israel - Deutschland.“

Gibt es eine andere Zukunft jenseits der Gewalt? (tägl. 10.00 bis 16.00 Uhr bis 6.11.2002)

18.00 Uhr, Evangelische Studierenden-Gemeinde, Querenburger Höhe 297, Forum (oben)

Die Ortsgruppe östliches Ruhrgebiet der Roten Hilfe lädt zum offenen monatlichen Treffen ein.

Alle repressionskritischen und mit linken Angeklagten solidarischen Menschen sind dazu herzlich eingeladen.

19.00 Uhr, Bhf. Langendreer

Dienstag, 29. Oktober

Hubert Schneider: Wir und ... Palästina? Wir und ... Israel?

Zur Rezeption des Nahostkonflikts in Deutschland.
18.00 Uhr, Evangelische Studierenden-Gemeinde, Querenburger Höhe 297, Café Roter Hahn

Arno Klönne: Schröders oder Stoibers - Wirkliche Alternativen braucht das Land

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer

Politischer Dienstag: Die extreme Rechte und der 11. September 2001.

s.a. Kurzmeldung auf Seite 2.
20 Uhr, Kulturcafé

Anzeige

Nestlé die Zweite

Ein paar Wochen sind vergangen, die meisten Veranstaltungen haben tatsächlich begonnen, die Hektik beginnt selbst für spätere Semester. Schnell einen Schokoriegel zwischendurch? Nicht ohne Blick auf die Marke. Diese höchst skeptische Attitüde hofft man zumindest durch diesen zweiten Teil der hochpolemischen Anti-Nestlé-Trilogie in den LeserInnen zu erwecken. Denn, abgesehen von der bereits in der BSZ 572 beschriebenen extrem rassistischen Werbung, ist der Schweizer Großkonzern auch international verrufen aufgrund seiner verwerflichen und, wie internationale Organisationen uns so glaubwürdig versichern, illegalen (so man im nicht-nationalstaatlichen Zusammenhang solche Worte verwenden darf) Vermarktungstaktiken. Legal, illegal, scheißegal? Im Prinzip schon, aber rechtfertigende Parolen bitte nur für die Linke.

Nestlé produziert nämlich nicht nur Schokolade, sondern auch allerlei anderen Kram, der die Gesundheit zerstört und sowieso nicht schmeckt (dazu mehr beim nächsten Mal). So auch Babymilch und Zusatznahrungsprodukte, die zwar für einen Großteil der StudentInnen nicht direkt interessant sind, aber doch sehr zu der weltverbessernden beliebten Positionierung à la „Think global - act local“ passen. Und wollen wir nicht alle die Welt verbessern? (NB: Rhetorische Frage, erwünschte Antwort: Ja, klar!). Somit, um es - sinngemäß - mit den überaus diplomatischen Worten des Außenministers zu sagen: „Du hast kein Mikro zur Hand, um deine Gegenargumente hörbar zu machen? Dann sind wir uns ja einig. Weiter im Text.“ Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat schon vor Jahren eine Resolution verabschiedet, in der jegliche Bewerbung von Babymilchprodukten grundsätzlich abgelehnt wird. Nestlé verspricht zwar regelmäßig im firmeninternen Nachhaltigkeitsbericht, dass dies in „Entwicklungsländern“ nicht mehr passiert, allerdings gilt die WHO-Resolution nicht nur für diese. Der eben genannte Report ist, ebenso wie die Reaktionen diverser Initiativen und etwa UNICEF, eher lang und nicht in drei Worten zu resümieren. Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass Babymilchexporte tendenziell zu höherer Kindersterblichkeit führen, da viele Mütter daher nicht stillen und den Kindern wichtige Nährstoffe entgehen bzw. sie nicht genug Nahrung bekommen, da die Milch falsch oder mit nicht-sterilem Wasser zubereitet wird oder die Eltern, nachdem die kostenlosen Probepackungen aufgebraucht sind, sich die teuren Fertigprodukte nicht mehr leisten können. Nestlé hat in verschiedenen Nicht-Entwicklungsländern, etwa Indien und Zimbabwe, aktiv Gesetzgebungsversuche seitens der Regierung unterminiert und mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gedroht. Nähere Informationen zum Thema sind unter www.babymilktion.org oder auch www.unicef.org zu finden. Somit frohes Lesen, bis ich euch beim nächsten Mal endgültig den Appetit verderbe...



:bsz

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Gerd Krauss (geka), Ulrik Schreckert (usa), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc).
V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

Björn Kerns „fühlbarer“ Roman Kippunkt.

Stopp!!!

In sichtbaren und fühlbaren“ Vorgängen solle der Dichter schreiben, bemerkte der Vitalist Friedrich Nietzsche einst in den Unzeitgemäßen Betrachtungen und eine ganze Generation junger Expressionisten folgte ihm mehrere Jahrzehnte später, indem sie die graue, kalte und als entfremdet empfundene Moderne mit einer Literatur konfrontierte, in der es vor Farben, Tönen, Gerüchen und fassbarer Physis nur so wimmelte. Kein Ästhetizismus brach sich dort Bahn, kein Schmelgen und Treiben in dekadentem Sinnesgenuss, nein, ganz im Gegenteil war es die Welt, die dort wie in Ernst Stadlers Gedicht Abendschluß als „böses Tier“ hinter dem Schleier des Selbstbetrugs lauerte, der „täglichen Frohn“, „nackte Mietskasernen“ und das aussichtslose Eingebundensein in das notorische Mahlen der Megamaschine nur mühsam zu verdecken suchte. Und hinter dem Glanz des nächtlichen Lebens im Ballhaus wartete schon immer auch „das Alter [...], das ihr Leben dem Verlöschen in der Dunkelheit entgegenschleift.“

Das Alter erwartet uns auch in Björn Kerns Roman Kippunkt, der von einem jungen Zivildienstleistenden in einem Heim für Alte und psychisch Kranke erzählt, der seinen „Traum von der Provence“ suchte und einen Albtraum fand. „Thymian Majoran Rosmarin“, ... wie eine Beschworung wiederholt er die Düfte, die seinem Protagonisten in den Hügeln der Aix-en-Provence begegnen, die Sinneseindrücke einer idyllischen Gegend, in deren Mitte der Gestank von faulem Fleisch, Kotze und braunen Kompressen im wahrsten Sinne des Wortes „eingebettet liegt“, in Form der sterbenden und schimmelnden Alten, deren Leid hier in nahezu Benn'scher Ausdrucklichkeit beschrieben wird. „Eine Mischung aus verkohltem Hühnchen, Müllkippe und abgekratzter Lepra“ heißt es da, „keine Ahnung, wie abgekratzte Lepra riecht. Erst gestern haben wir Haut abgeschabt, danach war dann ein Loch im Bein und man konnte das Fleisch sehen. Das muss schon alles nachgefault sein. Immer, wenn ich Luft hole, habe ich das Gefühl, lauter vergammelte Haut-

partikel einzuatmen, die jetzt in meiner Lunge weiterfaulen.“ Der Verfall und der Tod sind allgegenwärtig und ersticken den „Traum der Provence“, den der sich selbst als „kleiner Faschist“ beschuldigende Protagonist Karsten einst träumte, der sie nicht mehr ertragen kann, die Alten und Kranken, und der als Überlebensstrategie eine Hitliste der spektakulärsten Verschimmelungen in den Altenzimmern aufstellt - Nummer eins: „Das älteste Butterstückchen in Zimmer 122“, Nummer zwei: die Birne in 124, die sich bereits „aus sich selbst“ fortzupflanzen begann und schließlich die Nummer drei: ein seit fünf Wochen in der Schublade faulendes Zwiebelomelett mit Käsesauce.“ „Ich hasse sie“, sagt der junge Mann zu seiner Freundin Anna, der er seine Geschichten erzählt. Anna mit den „schönen, traurigen Augen“, Anna, mit der er sich weit weg wünscht in sein „Tal“, das man nur zu Fuß erreicht, Anna, die ihm zuhört, damit er verarbeiten kann. Anna, die zur Zeit der Rahmenerzählung bereits tot ist, während Karsten seine Geschichte einem Gerichtssaal voller Journalisten erzählt, der Öffentlichkeit also und somit uns, die wir ebenso wie die Zuhörer im Prozess diesen Angeklagten beobachten, der zuletzt ein Stoppschild in die Windschutzscheibe eines Linienbusses schleuderte, weil er sie anhalten wollte, diese viel zu schnelle Welt, die ihm zuerst seinen Traum von der Provence und dann per Nachtbus seine Anna nahm. „Ich hätte mich also fast totfahren lassen und stand auf der Verkehrsinsel und wedelte mit meinem Stoppschild herum und wollte die Fahrer zum Anhalten bringen. Ich wollte, dass die Leute ihre Klumpfüße vom Gas nehmen und aussteigen und sich an den Händen halten und Walzer tanzen. Der Wind sollte die Abgase davon blasen und sobald man wieder atmen könnte, sollten sie tanzen und lachen, auf den Kühlerhauben, auf den Autodächern, auf dem Kofferraum.“ (S. 120) Doch sie halten nicht. Die Megamaschine, die uns als Menschen „antiquiert“ macht (Günther Anders), ist nicht zu besiegen und so kämpft Karsten bis zum „Kippunkt“ seines Attentats einen doppelten Kampf: gegen den Tod, der unvermeidlich und ständig präsent seine Lust aufs Leben mit seiner Fäulnis erstickt und gegen das, was manche Zivilisationskritiker im Fahrwasser der Frankfurter Schule als der Menschheit inhärenten „Todestrieb“ bezeichnen würden, der sich auch in diesem Buch immer wieder leitmotivisch zeigt: das Poster des sterbenden Kosovo-Kriegers an der Zimmerwand des

Helden, die sterbenden Vögel der Ölpest im Fernsehen, die Kämpfe im schwarzen Block gegen die staatliche Übermacht auf den Castorschienen, an denen der Ich-Erzähler sich kräftig beteiligt, um - nicht zufällig - das Symbol der dialektisch gewordenen Aufklärung, das „Damoklesschwert“ menschlichen „Fortschritts“ zu stoppen, gegen das Günther Anders einst selber die offene Gewalt propagierte - die Atomkraft. Doch Karstens Kampf ist kein ideologischer Kampf. Er findet kein Zuhause in der selbstgefälligen Existenz des autonomen Rebellen, er ist kein Angreifer, er ist ein Verteidiger. „Thymian Majoran Rosmarin“ und ein Leben mit Anna, seiner „Honigbiene“ Anna in seinem fernen, unerreichbaren Tal - das ist es, was er will und was er findet ist Chlorwasser, Desinfektionsmittel und vollgepisste Windeln. „Aber ich spucke nicht, sondern beiße die Lippen zusammen und schlucke runter. Alles. Den ätzenden Geruch, das Gejammer der Alzheimerischen und der Anblick der schrumpeligen Altenleichen, die ich wasche. Einfach wegschlucken.“ Gerüche und Geschmäcker sind die primären Medien dieser Erzählung, wahrhaft „fühlbar“ sind die Kontraste zwischen dem morbiden Gestank des Heims und den Kräutern der Provence, dem Dieselgeruch der Megamaschine und den Düften jener realen oder erträumten Refugien des Helden: Dem Kirschblütenduft seiner Freundin, dem „Annamädchenduft“ der so scharf kontrastierten Szenen der Liebe, in denen sich atmen lässt, während sowohl Anna als auch uns wenige Seiten später die nächste Erzählung aus dem Heim der Faulenden erwartet. Die Weite der Täler und Hügel gegen die Enge der Heimflure und des kleinen Zimmers, in dem der Held sich zwischendrin gar zu töten versucht. Die Stadt in fast expressionistischem Ton voller farbloser Fassaden und nebeligem Grau, am Himmel ein „schwarze(s) Tuch“, das die „Stadt erwürgt“. Die Schnelligkeit der Umwelt gegen die Langsamkeit des Helden und seines verzweifelten „Stopp!“, das Mordwaffe, Buchcover und Leitmotiv ist. Bleiwasser gegen den Duft des Gewitters, Tänze gegen das stoische Fließen der „Projekte“, wie Götz Dahlmüller die Automobile in seiner kulturkritischen Polemik Tempo Tempo - einem weiteren lauten Stoppruf - einmal nannte. (fortgesetzt in der nächsten Ausgabe: Es bleibt spannend...)